

Vorgangsmappe für die Drucksache 19/9329

"Weil in einem Familienland Familien und Kitas zusammengehören"

---

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 19/9329 vom 10.12.2025
2. Beschluss des Plenums 19/9377 vom 11.12.2025
3. Plenarprotokoll Nr. 67 vom 11.12.2025



## **Dringlichkeitsantrag**

der Abgeordneten **Holger Grießhammer, Doris Rauscher, Volkmar Halbleib, Anna Rasehorn, Arif Taşdelen, Markus Rinderspacher, Dr. Simone Strohmayer, Horst Arnold, Nicole Bäumler, Florian von Brunn, Martina Fehlner, Christiane Feichtmeier, Sabine Gross, Ruth Müller, Harry Scheuenstuhl, Ruth Waldmann, Katja Weitzel und Fraktion (SPD)**

### **Weil in einem Familienland Familien und Kitas zusammengehören**

Der Landtag wolle beschließen:

Der Landtag stellt fest:

- Bayern bezeichnet sich als „Familienland“, doch die Realität zeigt ein anderes Bild. Die rückwirkende Streichung von Familiengeld, Krippengeld und dem angekündigten Kinderstartgeld für alle ab 1. Januar 2025 geborenen Kinder hat das Vertrauen vieler Familien erschüttert.
- Die Staatsregierung konstruiert einen falschen Gegensatz zwischen Familienförderung und Kita-Finanzierung. Jahrelang wurden notwendige Investitionen in die Kinderbetreuung versäumt, trotz wiederholter Warnungen von Kommunen, Trägern und Fachkräften. Nun werden diese Versäumnisse auf junge Familien abgewälzt.
- Frühkindliche Bildung ist ein Grundrecht. Gute Kitas und verlässliche Familienförderung sind keine Gegensätze, sondern beide notwendig und mit politischem Willen finanzierbar.

Vor diesem Hintergrund wird die Staatsregierung aufgefordert:

1. Vertrauensschutz und Verlässlichkeit: für die Jahrgänge 2025 und 2026, das versprochene Kinderstartgeld auszuzahlen;
2. Familienförderung: ab 2027 das Kinderstartgeld mit einkommensabhängiger Staffelung fortzuführen, wobei sich die Bemessung an der Systematik des Elterngeldes orientiert.

### **Begründung:**

Die kurzfristige Streichung des angekündigten Bayerischen Kinderstartgelds sowie die rückwirkende Abschaffung von Familien- und Krippengeld für alle ab dem 1. Januar 2025 geborenen Kinder erfolgte ohne jede Übergangsregelung – und nur zwei Tage vor der geplanten Abstimmung. Familien mit Kindern der Jahrgänge 2025 und 2026, die ihre Elternzeit und Finanzplanung im Vertrauen auf zugesagte Leistungen organisiert haben, stehen nun vor erheblichen Einbußen. Sie erhalten weder das bisherige Familien- und Krippengeld noch das zugesagte Kinderstartgeld. Für diese beiden Jahrgänge braucht es daher dringend eine verlässliche Lösung, um den Vertrauensbruch gegenüber jungen Familien zu beheben.

Die Streichungen sind das Ergebnis jahrelanger politischer Versäumnisse. Die Staatsregierung hat die steigenden Kosten in der Kita-Finanzierung über Jahre ignoriert und

Anträge zur Erhöhung der Betriebskostenförderung regelmäßig abgelehnt. Die wachsenden Finanzierungslücken mussten deshalb nicht nur Kommunen und Träger, sondern zunehmend auch Eltern schließen – über steigende Elternbeiträge und zusätzliche Kosten. Dabei kann es nicht Aufgabe der Eltern sein, strukturelle Defizite im System aufzufangen; für eine auskömmliche Finanzierung der Kindertagesbetreuung ist die Staatsregierung verantwortlich. Nun werden diese Versäumnisse erneut auf junge Familien abgewälzt, während Elternbeiträge und Verpflegungskosten hoch bleiben oder weiter steigen.

Die Staatsregierung konstruiert damit einen künstlichen Gegensatz zwischen Familienförderung und Kita-Finanzierung. Beide Bereiche sind zentrale Bausteine eines familienfreundlichen Landes – und beide sind notwendig, um frühe Bildung und Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu sichern. Sie dürfen nicht gegeneinander ausgespielt werden, wie es die Staatsregierung nun tut, indem sie Familienleistungen streicht, um selbst verursachte Finanzierungslücken bei den Kitas zu schließen. Ein echtes Familienland investiert in beides, statt Gelder umzuschichten und Belastungen zu verschieben.

Für viele junge Familien sind die gestrichenen Leistungen existenziell. Sie beeinflussen unmittelbar, ob Kinderbetreuung bezahlbar ist und ob beide Elternteile erwerbstätig sein können. Die Entscheidung für Kinder wird damit immer mehr zu einer finanziellen Frage – und Familiengründungen werden aufgeschoben oder ganz aufgegeben. In Zeiten sinkender Geburtenzahlen ist diese Politik kontraproduktiv. Eine einkommensabhängige Familienförderung ab 2027 (orientiert am Elterngeld) würde Familien gezielt unterstützen.



## **Beschluss des Bayerischen Landtags**

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

**Dringlichkeitsantrag** der Abgeordneten **Holger Grießhammer, Doris Rauscher, Volkmar Halbleib, Anna Rasehorn, Arif Taşdelen, Markus Rinderspacher, Dr. Simone Strohmayr, Horst Arnold, Nicole Bäumler, Florian von Brunn, Martina Fehlner, Christiane Feichtmeier, Sabine Gross, Ruth Müller, Harry Scheuenstuhl, Ruth Waldmann, Katja Weitzel und Fraktion (SPD)**

Drs. 19/9329

**Weil in einem Familienland Familien und Kitas zusammengehören**

**Ablehnung**

Die Präsidentin  
I.V.

**Markus Rinderspacher**  
V. Vizepräsident

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Erster Vizepräsident Tobias Reiß

Abg. Julia Post

Abg. Doris Rauscher

Abg. Melanie Huml

Abg. Johann Müller

Abg. Elena Roon

Abg. Anton Rittel

Staatsministerin Ulrike Scharf

Zweiter Vizepräsident Alexander Hold

**Erster Vizepräsident Tobias Reiß:** Zur gemeinsamen Beratung rufe ich auf:

**Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher,**

**Julia Post u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**

**Familienland Bayern - Wertschätzung für Eltern und Verlässlichkeit für Familien**

**(Drs. 19/9253)**

und

**Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Holger Grießhammer, Doris Rauscher,**

**Volkmar Halbleib u. a. und Fraktion (SPD)**

**Weil in einem Familienland Familien und Kitas zusammengehören (Drs. 19/9329)**

Ich eröffne die gemeinsame Aussprache und erteile Frau Kollegin Julia Post das Wort.

**Julia Post (GRÜNE):** Sehr geehrtes Präsidium, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir bringen diesen Dringlichkeitsantrag ein, weil Familien in Bayern gerade erleben, wie Politik Vertrauen zerstören kann: Ankündigen? – Euphorisch. Kassieren? – Klammheimlich. Familien? – Komplett alleingelassen.

Wer Kinder großzieht, braucht Planung, und zwar Monate, oft Jahre im Voraus. Doch diese Staatsregierung behandelt Familien, als wären sie ein lästiges Anhängsel der eigenen PR-Strategie. Wir reden hier nicht über Luxus, wir reden über Existenzentscheidungen: Kann ich zurück in den Beruf?

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Kann ich die Miete zahlen? Wie sichern wir die Betreuung? Wer solche Fragen ignoriert, regiert an der Realität vorbei.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wir in Bayern wollen die Familie als einen Ort der Geborgenheit bewahren und schützen mit Wertschätzung und verlässlichen Strukturen. – Das steht nicht in einem grünen Parteiprogramm, sondern auf der Webseite des Sozialministeriums. Doch was

haben Sie geliefert? – Keine Vorwarnung, keine Beteiligung, keine Alternative. Das ist kein Kommunikationsfehler, das ist ein Politikfehler.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Das Schlimmste ist: Es schafft keine einzige Lösung. Das Kinderstartgeld wird gestrichen, und kein einziger neuer Kitaplatz entsteht. Das sagt sogar der Ministerpräsident selbst. So war auch die Auskunft des Ministeriums im Sozialausschuss: kein zusätzliches Personal, kein Ausbau der Infrastruktur, kein Schritt in Richtung Qualität, ein komplettes Ankündigungsprodukt, das jetzt einfach eingestampft wird. Das ist für diese Elterngeneration doppelt bitter: Das eingeplante Geld fehlt, und von mehr Geld im System werden sie nicht mehr profitieren. Weil das Geld jahrelang in ein Wahlkampfgeschenk statt in Kitas geflossen ist, stehen wir heute mit leeren Händen und vollen Wartelisten da.

Die Staatsregierung stopft jetzt notdürftig Löcher, aber das löst das grundlegende Problem im Kitasystem nicht. Ja, die Erhöhung der Betriebskostenförderung auf 70 % ist ein Schritt in die richtige Richtung. Das gilt jedoch nur für Kitas, während die Kindertagespflege leer ausgeht. Aber das reicht bei Weitem nicht aus, und das wissen Sie.

Schon vor eineinhalb Jahren hat eine Anhörung im Bayerischen Landtag klar gezeigt: Das System braucht 90 %, sonst gehen Kitas reihenweise auf dem Zahnfleisch und viele bereits über die Kante. Wer das ignoriert, produziert keine Lösungen, sondern den nächsten Kollaps.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Mehr als 200.000 Menschen haben gegen die Streichung des Kinderstartgeldes eine Petition unterschrieben – das ist wirklich eine Hausnummer. Und Markus Söder? – Er besitzt noch nicht einmal die Größe, die Unterschriften persönlich entgegenzunehmen

und sich die Sorgen der Eltern anzuhören, die seine Entscheidung ausgelöst hat, trotz entsprechender Ankündigung.

Familien wollen reden, sie wollen erklären, warum sie sich Sorgen machen. Was macht der Ministerpräsident? – Er kneift.

(Staatsminister Dr. Florian Herrmann: Wir haben uns die Sorgen angehört!)

Das ist einfach nur enttäuschend und empathielos.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ich sage es ganz ehrlich, ich musste selbst schon schwere Entscheidungen treffen. Ich finde, Betroffene haben zumindest den Anspruch auf ein Gespräch und die Möglichkeit, ihre Sicht der Dinge zu schildern.

(Staatsminister Dr. Florian Herrmann: Hatten sie! Zweimal!)

Herr Hofmann hatte sich in der Debatte im November zumindest bei den Eltern entschuldigt, aber von der zuständigen Ministerin oder dem Ministerpräsidenten gab es dazu kein Wort.

Wir GRÜNE bieten heute mit unserem Antrag eine Lösung statt einer Ausrede. Wir schlagen ein echtes Beteiligungsformat mit Eltern, Kitaträgern und Kindertagespflege vor. Wir lassen nicht zu, dass Familien und Kitas gegeneinander ausgespielt werden. Unser Antrag verfolgt das Ziel, bis März 2026 eine Härtefallregelung für Familien zu erarbeiten, die fest mit dem Geld geplant hatten. Verlässlichkeit ist keine Wohltat, sie ist die Mindestanforderung an Politik.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Und ja, es geht um viel mehr als um 3.000 Euro. Es geht darum, dass Eltern das Rückgrat unseres Landes sind. Familien tragen unser Land, nicht andersherum. Sie verdienen Stabilität, sie verdienen Empathie, sie verdienen Politik, die hält, was sie

verspricht. Deshalb frage ich Sie: Wollen Sie jetzt wirklich sagen: "Blöd gelaufen, weiter geht's"? Oder nutzen Sie diese Chance, Verlässlichkeit wiederherzustellen, Fehler zu korrigieren und Familien zu stärken?

Wir haben heute eine seltene Gelegenheit, es besser zu machen. Holen Sie die Menschen an den Tisch. Zeigen Sie Respekt vor Eltern und ihrer Lebensrealität. Sorgen Sie für Verlässlichkeit in unsicheren Zeiten. Zeigen Sie, dass Familien nicht nur ein Wahlkampfmotiv sind, sondern Mittelpunkt unserer Verantwortung. Stimmen Sie unserem Antrag zu, und geben Sie Familien in Bayern zurück, was Sie ihnen genommen haben: Vertrauen. – Vielen Dank.

(Beifall bei den GRÜNEN)

**Erster Vizepräsident Tobias Reiß:** Nächste Rednerin ist Frau Kollegin Doris Rauscher für die SPD-Fraktion. Bitte schön.

**Doris Rauscher (SPD):** Einen schönen guten Morgen, liebes Präsidium, liebe Kolleginnen und Kollegen, sehr verehrte Frau Ministerin! Wir diskutieren heute zwei Dringlichkeitsanträge, die im Kern dasselbe Thema behandeln: den Umgang mit Familien in Bayern nach der Streichung des Familiengeldes, des Krippengeldes und letztendlich auch des Kinderstartgeldes. Und ich sage Ihnen ganz ehrlich: Ich kann die Empörung der Familien absolut nachvollziehen.

Ich möchte an die GRÜNEN ein Wort richten; denn ich muss hier ganz ehrlich sagen: Liebe GRÜNE, Sie müssen sich auch endlich einmal ehrlich machen; denn Sie haben sich doch politisch längst positioniert. Sie befürworten letztendlich die Abschaffung des Kinderstart-, des Familien- und auch des Krippengeldes ab dem nächsten Jahr. Sie möchten lediglich eine Übergangsregelung für 2026 schaffen. Jetzt kommen Sie mit einem Antrag, der ein Gesprächs- und Beteiligungsformat durchsetzen und einen Kompromiss finden möchte. Was soll denn der Kompromiss sein? – Sich ins Benehmen zu setzen. Wer soll sich denn ins Benehmen setzen? Die Träger und die Eltern?

Sollen die sich jetzt gegenseitig irgendwie mit gutem Willen ein bisschen entgegenkommen und schauen, wer auf welcher Seite ein bisschen nachgibt und Geld abgibt?

Wir sind uns in einem Punkt einig: Die Art und Weise, wie hier vorgegangen wurde und wie die Staatsregierung diese Entscheidung durchgepeitscht hat, war wirklich mehr als mangelhaft. Man hätte wenigstens mit einer Übergangslösung ein bisschen Empathie signalisieren können.

Ich dachte mir als Sozialpolitikerin, die hier schon seit Jahren die Entwicklung mitbekommt: Welchen Stellenwert hat die Familienpolitik denn eigentlich wirklich in Bayern? Es wird immer so getan, als wären wir Familienland Nummer eins. Aber wenn man einmal genauer hinschaut, dann sieht man, es bröckelt doch an der einen oder anderen Stelle.

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Ich stelle mir und eigentlich der Staatsregierung und auch den Regierungsfraktionen hier im Haus die Frage, wann Familienpolitik eigentlich nicht mehr nur irgendwie eine Randnotiz in Bayern ist; denn so erlebe ich es. Wann wird sie wirklich als Fundament in unserem Land gesehen, ein Fundament, das man auch nicht je nach Kassenlage wieder einreißen darf?

Für uns Sozialdemokraten hier im Haus steht fest: Wir müssen beides sehen: die eingeführte Familienförderung und auch die Kitas. Beides ist notwendig, beides ist finanzierbar, wenn man es politisch möchte.

(Beifall bei der SPD)

Genau hier liegt nämlich das Problem. Ich möchte auch ein Wort an die Träger der Kitas und an die Kitas selbst richten. Es ist vollkommen unstrittig: Wir brauchen eine bessere Betriebskostenfinanzierung, aber das ist keine Aufgabe der Eltern.

(Petra Guttenberger (CSU): Sondern der Kommunen!)

– Das ist sicherlich eine Aufgabe der Kommunen, durchaus auch, aber nicht nur; denn Bildung ist Landesaufgabe, sie fällt in die Landeshoheit und darauf ist man auf Landesebene durchaus auch stolz. Also ist es eine zentrale Aufgabe der Staatsregierung.

Hierfür müssen wir die frühkindliche Bildung auskömmlich finanzieren; dafür sind nicht die Familien durch die Verschiebung von Geldern zuständig, sondern dafür ist die Regierung zuständig. Das haben genau Sie jahrelang verschlafen, nicht ausreichend gesehen. Anträge hier im Haus wurden abgelehnt. Jetzt setzen Sie den Familien im Grunde mit einem Entweder-oder das Messer auf die Brust, nach dem Motto: Wenn ihr hier nicht mitgeht, dann müssen wir womöglich nächste Woche eure Kita schließen. – So geht man nicht mit Familien um.

Deswegen haben wir in unserem Dringlichkeitsantrag ganz klar formuliert: Versprochenes muss gehalten werden. Deswegen wollen wir zum einen einen Vertrauensschutz für die Jahrgänge 2025 und 2026, also ein Kinderstartgeld, wie es ursprünglich vorgesehen war. Das fördert auch Vertrauen in den Familien. Dann möchten wir eine einkommensabhängige Förderung ab 2027 nach der Systematik des Elterngeldes. Damit sparen wir auf der einen Seite ein, halten auf der anderen Seite Wort und reduzieren die Kosten, allerdings nicht auf null in diesem Bereich. Hierfür bitte ich um Zustimmung. – Bei den GRÜNEN können wir nicht mitgehen, auch wenn uns manches in der Sache eint; deswegen Enthaltung.

(Beifall bei der SPD)

**Erster Vizepräsident Tobias Reiß:** Vielen Dank. – Nächste Rednerin ist Frau Kollegin Melanie Huml für die CSU-Fraktion. Bitte schön.

**Melanie Huml (CSU):** Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Entscheidung zum Kinderstartgeld bzw. die Entscheidung, das Geld ins System zu geben, ist uns allen hier im Landtag nicht leichtgefallen, auch meiner eigenen Fraktion und auch mir persönlich nicht. Ich kann die Enttäuschung und zum Teil auch die Wut

der Eltern durchaus nachvollziehen und verstehen. Aber ich möchte auch erklären, wie es dazu gekommen ist.

Wir wollen für und in Familien investieren, und wir tun das als Freistaat Bayern auch. Wir bleiben Familienland; das möchte ich an dieser Stelle ganz klar sagen.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Das Geld wird nicht für irgendetwas anderes verwendet, sondern es wird weiter für Familien verwendet, aber eben indem wir es in die strukturellen Einrichtungen für Familien geben wollen. Ich habe vor vielen Jahren auch schon das Familien- und Krippengeld mitbeschlossen. Mir persönlich war immer diese Wahlfreiheit der Familien wichtig. Wir haben gesagt, wir trauen den Familien zu, mit direkt gezahltem Geld umzugehen. Das ist ein sehr wichtiges Argument gewesen. Gleichzeitig habe ich aber auch erkennen müssen, dass diese Wahlfreiheit für viele Familien zwischenzeitlich eben nicht mehr gegeben ist. Wenn es eben keinen adäquaten Krippen-, Kindergarten- oder Hortplatz für die Familien gibt, dann hat man nicht die Wahlfreiheit, sein Kind zu Hause zu lassen oder in Betreuung zu geben, um vielleicht berufstätig sein zu können.

Wenn diese Wahlfreiheit nicht mehr gegeben ist, dann muss man überlegen, wie man Familien diese Möglichkeiten und Chancen wieder geben kann. Dann muss man Geld ins System geben, damit auch die Kommunen und die Träger wieder handlungsfähiger werden, um dann auch wieder die Plätze und die Qualität bieten zu können, die wir uns vorstellen und haben wollen; denn die Kinderbetreuung ist eine kommunale Aufgabe. Dann müssen wir eben diesen Schritt gehen, um die Wahlfreiheit für die Familien wieder zu ermöglichen.

Ja, wir hatten den Eindruck, dass wir es mit dem Zwischenschritt eines Kinderstartgeldes schaffen. Aber in den Verhandlungen, als man dann den Haushalt genauer angeschaut hat, hat man festgestellt, es ist doch notwendig geworden. So hat das Kabinett auf seiner Klausurtagung beschlossen, das Geld direkt in die Strukturen zu

geben. Wie schon gesagt, das ist kein leichter Schritt, weil wir wissen, dass Familien mit dem Geld auch gerechnet, geplant und vielleicht überlegt haben, es für das Kinderzimmer usw. zu verwenden. Aber ich bleibe dabei, dass dieser Schritt eben für uns notwendig erscheint, weil wir von Trägern gehört haben, dass sie ihre Angebote nicht mehr aufrechterhalten können, und weil wir mitbekommen haben, dass Elternbeiträge immer mehr steigen. Trotzdem ist uns und auch mir persönlich diese Entscheidung nicht leichtgefallen.

Wir haben aber auch – ich weiß das zum Beispiel von Frau Kollegin Martina Gießübel – den Menschen vor Ort Gespräche angeboten. Ich bin oder auch unser Vorsitzender im Arbeitskreis, Thomas Huber, ist jederzeit bereit, mit den Eltern ins Gespräch zu kommen. Es ist selbstverständlich für mich auch wichtig, dass wir diese Enttäuschung ein Stück weit aufnehmen, aber wir wollen auch bei den Familien bleiben, um ihnen Wahlfreiheit zu geben. Deswegen geht dieses Geld in die Strukturen, damit Familien die Chance haben, auch Betreuungsangebote wahrnehmen zu können. – In diesem Sinne vielen herzlichen Dank.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

**Erster Vizepräsident Tobias Reiß:** Es gibt eine Meldung zu einer Zwischenbemerkung des Kollegen Johann Müller.

**Johann Müller (AfD):** Frau Huml, für mich stellt sich die Angelegenheit so dar: Es gab zwei Probleme. Entweder Sie unterstützen das System, oder Sie unterstützen die Familien. Für beides hatten Sie – auf Deutsch gesagt – einfach kein Geld. Und da mussten Sie sich entscheiden, ob sie Ihre Kommunalpolitiker oder die Familien unterstützen wollen. Meiner Meinung nach sind die Familien eigentlich dann links liegen gelassen worden. Was sagen Sie dazu?

**Melanie Huml (CSU):** Wenn ich in den letzten Jahren mit Familien gesprochen habe, ist deutlich geworden, es ist Familien sehr wichtig zu wissen, dass ihre Kinder einen

verlässlichen Betreuungsplatz finden. In diesem Sinne haben wir die Familien nicht im Stich gelassen, sondern wollen ihnen eine gute Kitabetreuung ermöglichen.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

**Erster Vizepräsident Tobias Reiß:** Die nächste Rednerin ist Frau Kollegin Elena Roon für die AfD-Fraktion.

(Beifall bei der AfD)

**Elena Roon (AfD):** Sehr geehrtes Präsidium, werte Kollegen! Die in den Anträgen der GRÜNEN und der SPD aufgeführte Problematik ist grundsätzlich richtig dargestellt. Familien stehen unter Druck und brauchen Verlässlichkeit. Aber glauben Sie wirklich, dass ein Runder Tisch dieses Problem löst? Glauben Sie das wirklich? – Eltern brauchen Unterstützung, aber nachhaltig, effektiv und sofort. Gerade Sie von der SPD und den GRÜNEN haben unseren Dringlichkeitsantrag zur Auszahlung direkter Familienleistungen abgelehnt.

Die Realität ist eindeutig: Die Geburtenrate in Deutschland ist zwischen 2021 und 2024 von 1,58 auf 1,35 Kinder pro Frau gesunken. Gleichzeitig liegt der Kinderwunsch stabil bei 1,76 Kindern. Das zeigt klar: Der Wunsch ist da, aber die richtigen Bedingungen fehlen. Was hält Familien ab? – Explodierende Lebenshaltungskosten, Wohnraummangel, steigende Preise für Freizeitaktivitäten und Unsicherheit durch drohenden Arbeitsplatzverlust. Gehen Sie doch einmal mit mehreren Kindern ins Freibad, dann sind Sie schnell 100 bis 200 Euro los.

(Widerspruch bei der CSU, den FREIEN WÄHLERN, den GRÜNEN und der SPD)

Das betrifft längst nicht nur Geringverdiener, auf die der SPD-Antrag abzielt. Der Freistaat Bayern setzt dem Ganzen noch eins drauf. Das Familiengeld wird gestrichen und das Kinderstartgeld nicht eingeführt. Das Gefühl wird verstärkt, die Gründung einer Familie sei riskant oder finanziell kaum tragbar. Das ist keine aktive Familienpolitik.

Wenn Bayern mehr Kinder will, braucht es klare politische Signale und keine sinnlosen Gespräche. Deshalb fordert die AfD direkte Geldleistungen für bayerische Familien als Zeichen der Wertschätzung, als vertrauensbildende Maßnahme und echte Unterstützung. Diese Leistungen stärken Familien nicht nur unmittelbar, sondern schaffen Vertrauen und entsprechen dem staatlichen Schutzauftrag, den die CSU in ihrer politischen Agenda längst vergessen hat.

Jetzt zum Antrag der GRÜNEN: Sie glauben doch nicht ernsthaft, dass die Bürger vergessen haben, wie sehr Sie selbst gegen direkte Familienleistungen geschossen haben. Ich erinnere nur an die Aussage von Frau Kerstin Celina, die nicht mehr anwesend zu sein scheint: "Das Betreuungsgeld kostet unsere Bürger viel Geld [...], es schadet den Frauen, es schadet den Kindern, und es schadet den Familien." Zugleich hat sie damals verkündet, dass sie glücklicherweise die Möglichkeit hatte, sieben Jahre lang bei ihren Kindern zu Hause zu bleiben, und sie hat ausgedrückt, wie sehr sie diese Zeit genossen hat: "Wir hatten zwar keine 150 Euro im Monat; aber wir hatten Wahlfreiheit." – Wie dreist sind bitte solche Aussagen? – Sie gönnten den Müttern damals nicht einmal diese 150 Euro.

Heute haben viele Familien keine Wahlfreiheit mehr; nicht weil ein Krippenplatz fehlt, sondern weil ein Einkommen nicht mehr reicht. Die Familien kommen mit einem Gehalt überhaupt nicht mehr über die Runden.

(Beifall bei der AfD)

Das ist die Realität, und nicht Ihr sozialistischer Traum von einer staatlichen Rundumbetreuung. Genau für diese Mütter war das Betreuungsgeld eine echte Hilfe. 2018 kam die Erweiterung des Betreuungsgeldes, nämlich das Familiengeld für alle. Das bedeutete 250 Euro im Monat für alle Familien. Damit konnten sie tatsächlich etwas anfangen. Was sagten Sie damals dazu? – Das Geld werde mit der Gießkanne verteilt, das sei ein frauenpolitisches Desaster und ein Rückschritt in der frühkindlichen Bildung. Man unterstellte der CSU sogar, sie wolle sich von der Schaffung neuer

Kitaplätze freikaufen. Was passiert heute? – Genau diese Umverteilungspolitik betreibt Markus Söder selbst. Geht es eigentlich noch scheinheiliger? – Um das zu untermauern, zitiere ich zum Schluss Frau Katharina Schulze, die wahrscheinlich schon in der Weihnachtspause ist. Frau Schulze sagte in einer Pressemitteilung am 23. April 2018 zum Familiengeld: Söder gibt den Familien in Bayern, was sie nicht brauchen, nämlich Geld, 250 Euro im Monat. – Als Abgeordnete der AfD sage ich Ihnen: Genau das brauchen Familien, gerade heute.

(Beifall bei der AfD)

Sie brauchen keine Gesprächskreise, keine weiteren Kürzungen und keine Symbolpolitik. – Vielen Dank und frohe Weihnachten!

(Beifall bei der AfD)

**Erster Vizepräsident Tobias Reiß:** Der nächste Redner ist Herr Kollege Anton Rittel für die Fraktion der FREIEN WÄHLER. Bitte schön.

**Anton Rittel (FREIE WÄHLER):** Verehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Über die Anträge und das Kinderstartgeld haben wir bereits ausführlich geredet. Ich kann nicht ganz verstehen, dass manche Leute glauben, dass wir mit den Trägern und den Betroffenen, den Eltern, nicht geredet hätten, wie es in diesem Antrag steht. Ich war in vielen Kindergärten zu Besuch und habe mit vielen Leuten geredet, die gesagt haben, das sei die einzige vernünftige Entscheidung. Ob Betroffene oder nicht Betroffene, alle haben gesagt, das Geld gehöre ins System, dort sei es besser aufgehoben.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Zur geforderten Härtefallregelung: Man muss sich ganz klar bei denen entschuldigen, die die Entscheidung bezüglich des Kinderstartgeldes getroffen hat. Aber in dem Moment, in dem man ein Gesetz oder irgendeine Regelung ändert, wird es immer Leidtragende geben. Wenn man eine Leistung um ein halbes Jahr verlängert, tritt man

ein halbes Jahr später einem anderen auf den Fuß, der sich dann genauso beschwert. Es wird keine Härtefallregelung geben.

Zum Vorschlag der SPD bezüglich der einkommensabhängigen Staffelung: Das geht gar nicht; denn dann werden wieder nur diejenigen unterstützt, die nur einen gewissen Betrag verdienen. Wenn man nur 100 Euro mehr verdient, erhält man das Kinderstartgeld nicht mehr. Damit werden Menschen ermutigt, weniger zu arbeiten. Das regt mich beim Vorschlag der einkommensabhängigen Staffelung auf.

Frau Post, genau den Kindern, die das Kinderstartgeld jetzt nicht erhalten, kommen die freiwerdenden Mittel, die in die Kitabetreuung investiert werden, drei Jahre später zugute, wenn sie in den Kindergarten kommen. Man nimmt den Kindern nichts weg, sondern sie bekommen es drei Jahre später wieder. Das Geld wird reinvestiert und bleibt im System. Wir sind also genauso familienfreundlich wie zuvor. Bis 2030 werden wir 3 Milliarden Euro investieren. Wir werden die zwei Anträge gnadenlos ablehnen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

**Erster Vizepräsident Tobias Reiß:** Vielen Dank. – Für die Staatsregierung hat Frau Staatsministerin Ulrike Scharf um das Wort gebeten. Bitte schön.

**Staatsministerin Ulrike Scharf (Familie, Arbeit und Soziales):** Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Vor knapp vier Wochen haben wir eine Richtungsentscheidung getroffen: Die frühkindliche Bildung hat absolute Priorität. Wir wandeln das Bayerische Familiengeld um. Das Geld wird komplett in die Kitas investiert. Das sind rund 3 Milliarden Euro bis 2030. Somit sichern wir unsere Kitas und werden starke Kinder für ein starkes Bayern haben. Ich betone es noch einmal: Das Geld bleibt bei den Familien. Wir haben dies hier im Bayerischen Landtag beschlossen und im Rahmen der Zweiten und Dritten Lesung des Gesetzentwurfs eine sehr lange Debatte darüber geführt, und das auch völlig zu Recht. Seitdem sind nicht einmal vier Wochen vergangen. Unsere Argumente haben sich nicht verändert. Oder ist die Wirtschaft in dieser Zeit gewachsen? – Nein. Sind die Steuereinnahmen in diesen vier Wochen plötzlich

gestiegen? – Nein, ganz sicher nicht. Sie wissen, dass wir in dieser Zeit vor großen Aufgaben stehen und aus knappem Geld das Beste machen müssen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, verantwortliche Politik ist die Kunst des Machbaren. Wir in Bayern stellen uns dieser Aufgabe. Ich bin zutiefst davon überzeugt: Wer den Sozialstaat erhalten will, muss ihn erneuern, und zwar nicht aus Härte, sondern aus Verantwortung. Sozial ist nicht, wer immer mehr Geld verteilt. Sozial ist, wer bewahrt, was viele Menschen dringend brauchen. Sozial ist auch, was unseren Sozialstaat sichert.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

In schwierigen Zeiten treffen gute Politiker unbequeme Entscheidungen. Und ja, diese Entscheidung war sehr schwer, diese Entscheidung war schmerhaft; doch wir müssen unsere Kitas stützen, wir müssen den Trägern beistehen und die Kommunen auffangen; aber wir müssen auch die Eltern absichern. Dank unserer mutigen Entscheidung ist die Kindertagesbetreuung in Bayern stark und stark geblieben. Wenn ich heute von grüner Seite wieder höre, es gebe keinen einzigen zusätzlichen Platz und kein zusätzliches Personal, dann muss ich mich wirklich wundern.

Ich will es Ihnen jetzt noch einmal in Zahlen geben, und vielleicht können Sie es mitschreiben, dass es ein bisschen besser im Gedächtnis bleibt: Die Zahl der geförderten Kindertageseinrichtungen ist von 2010 auf 2024 um 35 % gestiegen. Wir haben 10.800 Kitas. Die Kinder, die betreut werden, sind seit 2010 um 43 % mehr geworden. 647.000 Kinder! Die Zahl der Fach- und Ergänzungskräfte – das ist noch einmal ein ganz wesentlicher Punkt, weil Sie immer wieder darauf hinweisen, dass zu wenig Personal vorhanden sei – verzeichnet einen Zuwachs von 106 %. 124.316 Menschen arbeiten als pädagogische Fachkräfte in unseren Kitas, und es werden immer mehr.

Bei dieser Gelegenheit darf ich noch eines erwähnen: Kürzlich wurden die Vereinbarungen zum kommunalen Finanzausgleich geschlossen. Wenn es darum geht, zusätzliche Plätze zu schaffen, gilt der Artikel 10 FAG: Wir haben dort vereinbart, auf die

förderefähigen Kosten noch einmal 10 % zusätzlich aufzuschlagen. Ich glaube, Sie sollten öfter einmal zuhören, gerade wenn es um Haushaltszahlen geht. Wir unterstützen die Kommunen noch weiter, wenn es darum geht, zusätzliche Plätze zu schaffen. Im Übrigen sind seit der vergangenen Legislaturperiode, also von 2018 bis heute, über 106.000 zusätzliche Plätze geschaffen worden. Hören Sie auf mit diesen Geschichten, dass kein zusätzlicher Platz und kein zusätzliches Personal vorhanden seien.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, es ist eine schwere Entscheidung gewesen; aber ich darf der SPD noch einmal zur Erinnerung sagen: In den Ausschüssen haben Sie das Kinderstartgeld noch abgelehnt. Hören Sie gut zu, Sie haben es abgelehnt. Jetzt fordern Sie ein Kinderstartgeld für die Jahrgänge 2025 und 2026. Sie erkennen die Lage, in der wir uns befinden. Damit käme nämlich viel zu wenig Geld in den Kitas an, und das können wir nicht riskieren.

Ich verstehe die Enttäuschung der jungen Eltern sehr wohl. Das muss man uns nicht extra mit einem Dringlichkeitsantrag sagen. Ich befinde mich mit den Eltern, mit den Trägern, mit den Verbänden, mit unserem Bündnis für frühkindliche Bildung und ganz ausdrücklich auch mit dem Landeselternbeirat im Austausch. Sie behaupten, wir reden nicht mit den Eltern. Ich weiß nicht, ob Sie schon einmal etwas vom Landeselternbeirat gehört haben. Ich glaube, Sie waren beim Beschluss hier im Landtag anwesend. Wahrscheinlich haben Sie nicht einmal mitgestimmt.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich sage ganz offen: Ich hätte natürlich gerne beides gehabt, die Träger zu entlasten und den Eltern das Geld direkt zukommen zu lassen. Vor einigen Jahren konnten wir uns beides auch noch leisten. Die Zeit hat sich aber kolossal geändert, und die Menschen wissen das genau. Jeder weiß das, und Kollege Rittel hat gerade noch einmal erwähnt, dass die Gespräche mit den Trägern und mit den Kommunen uns ganz klar spiegeln: Sie sind froh und dankbar für diese Entscheidung.

(Johannes Becher (GRÜNE): Hätte man das Familiengeld einkommensabhängig gemacht, wäre noch genug Geld da! – Tanja Schorer-Dremel (CSU): So ein Schmarrn!)

– Diese Gesprächsthemen macht ihr am besten unter euch aus. – Ich glaube, es ist ganz entscheidend, darauf hinzuwirken, in diesen Zeiten Prioritäten zu setzen. Das ist ganz eindeutig. Unsere Priorität lautet, Chancen zu vererben und keine Schulden zu machen. Deshalb steht hier auch ein ausgeglichener Haushalt. Dazu nenne ich das Stichwort Generationengerechtigkeit.

Ich bitte noch einmal, einen Blick in unseren Einzelplan 10 zu werfen: Rund 8,6 Milliarden Euro sind im Sozialhaushalt. Davon stehen über 5 Milliarden Euro für Kinder und Familien bereit. Die Zahlen sprechen für sich, und Sie können damit aufhören, uns immer wieder dahin gehend in Frage zu stellen, ob Bayern Familienland Nummer eins ist. Ja, wir sind es und wir bleiben es auch. Das ist verlässlich, und es ist auch stabil.

Es war die richtige Entscheidung, und ich möchte an dieser Stelle meinen Kolleginnen und Kollegen der CSU-Fraktion und dem Koalitionspartner sehr herzlich danken. Danke für euren Einsatz! Demokratie lebt vom Mut zum Handeln. Mut steht für Haltung und Herz. Ihr habt diese Verantwortung übernommen. Ganz herzlichen Dank dafür.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, lassen Sie mich am Schluss noch ein Wort sagen: Unsere Demokratie ist von rechts, von links, von antisemitischer und islamistischer Seite unter Druck. Erst gestern hat der BR berichtet: Hitlergruß im Klassenzimmer. Wir brauchen Werte- und Demokratiebildung. Die Pisa-Ergebnisse sind besorgniserregend. Wir brauchen aus meiner Sicht noch mehr individuelle, kindgerechte Förderung. Wenn ich sehe, dass ein Viertel aller jungen Mütter in Bayern keinen deutschen Pass hat, dann ist auch klar: Kitas sind der Schlüssel für gelingende Integration. Frühkindliche Bildung ist wichtiger denn je. Deshalb investieren wir in die Zukunft Bayerns.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Wir investieren übrigens seit Jahren in die kindbezogene Förderung und die Betriebskostenförderung. Ich möchte noch einmal den Vergleich aufmachen, und zwar wie zuvor in Zahlen: Im Jahr 2010 lag die Betriebskostenförderung bei 820 Millionen Euro. Im aktuellen Jahr 2025 liegt sie bei rund 2,7 Milliarden Euro. Ich würde sagen, das ist eine Steigerung von 230 %. Rechnen Sie nach, und denken Sie nach. Wir stärken die frühkindliche Bildung. Das ist das Entscheidende.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, zum Schluss komme ich noch kurz zu den GRÜNEN: Ihr Antrag in allen Ehren; aber eines geht nicht: Sie raunen immer, Eltern tun sich schwer mit der Kitabetreuung. Damit suggerieren Sie, die Qualität der Kitas sei besorgniserregend. Ich bitte Sie herzlich, damit aufzuhören. Unsere Träger im Freistaat machen hervorragende Arbeit.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Unser pädagogisches Personal macht hervorragende Arbeit, und ich will das gerade in den letzten Tagen vor Weihnachten den Erzieherinnen und Erziehern, den Kinderpflegerinnen und Kinderpflegern, allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in den Kitas noch einmal ganz ausdrücklich sagen: Wir sehen Ihre hervorragende Arbeit. Wir sind Ihnen sehr dankbar, und wir wissen, was Sie mit Ihrem Können und mit Ihrem Herzen möglich machen. Dafür ein ganz herzliches "Vergelts Gott". – Die beiden Anträge lehnen wir ab.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

**Zweiter Vizepräsident Alexander Hold:** Vielen Dank, Frau Staatsministerin. Es liegen mir drei Meldungen zu einer Zwischenbemerkung vor. Für die erste Zwischenbemerkung hat Herr Abgeordneter Johann Müller von der AfD-Fraktion das Wort.

**Johann Müller (AfD):** Frau Scharf, ich bin überrascht, wie sich zum Beispiel Kollege Rittel seine Welt schönreden kann. Er sagt, dass die jungen Familien das Geld nach

drei Jahren wieder zurückbekommen. Eine Packung Windeln in Größe 2 kostet ungefähr 10 Euro. Sind Sie schon einmal in eine Drogerie gegangen und haben den Wocheneinkauf für nur ein Kleinkind gemacht?

**Staatsministerin Ulrike Scharf (Familie, Arbeit und Soziales):** Ich habe ein Enkelkind und weiß, was es kostet.

**Johann Müller (AfD):** Sie haben ein Enkelkind. –

(Anton Rittel (FREIE WÄHLER): Ich habe drei Kinder!)

Was sagen Sie zu den jungen Familien, wenn sie drei Jahre ohne Zuschuss und ohne Unterstützung überstehen müssen? Herrn Rittels Aussage im Nachgang ist ja bloße Makulatur.

**Staatsministerin Ulrike Scharf (Familie, Arbeit und Soziales):** Herr Müller, ich sage Ihnen noch einmal, was Sie nicht verstanden haben, was aber Familienpolitik in Bayern ausmacht: Wir haben rund 8,6 Milliarden Euro im Einzelplan 10, in unserem Etat. Über 5 Milliarden sind für Familien und für Kinder vorgesehen, und daran wird sich auch nichts ändern.

Wir sind stark. Diese Umschichtung des Kinderstartgelds in die Kitas kommt vor allen Dingen den Familien zugute; denn letztlich ist es so, dass über 90 % aller Kinder insbesondere im letzten Kitajahr eine Kita besuchen. Es ist für uns ganz entscheidend, die Strukturen zu stärken und das Geld – bis 2030 handelt es sich um über 3 Milliarden – direkt in die Kitas zu geben.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

**Zweiter Vizepräsident Alexander Hold:** Für eine weitere Zwischenbemerkung erteile ich Kollegin Doris Rauscher von der SPD-Fraktion das Wort.

**Doris Rauscher (SPD):** Frau Ministerin, ich möchte schon noch einmal sagen, dass Kitas zentral sind. In diesem Punkt bin ich ganz bei Ihnen. Das ist für uns als SPD

schon immer klar. Dafür brauchen wir keine Nachhilfe. Ich glaube, um den Kitas den Stellenwert zu geben, den sie wirklich brauchen, haben Teile Ihrer Partei vielleicht ein bisschen länger gebraucht.

Ich danke ebenfalls allen Trägern und allen, die vor Ort arbeiten. Diesbezüglich möchte ich uns nicht auseinanderdividieren lassen. Aber glauben Sie denn wirklich, dass Träger in der Debatte gesagt hätten: Nein, wir nehmen oder brauchen das Geld nicht? – Natürlich sagen Kitaträger und die Kommunen: Bitte her mit dem Geld. – Sie haben doch selbst diesen Gegensatz aufgemacht, und das ist der Punkt, der uns so unglaublich stört. Eine Leistung für Familien mit einem Gesetz auf null zu setzen, die über Jahre durch Ihre Partei eingeführt und gefördert wurde, ist einfach nicht korrekt. Das wollen wir mit dem Dringlichkeitsantrag zum Ausdruck bringen. Ich finde, er hat absolut seine Berechtigung. Das wollte ich einfach nur noch einmal fragen: Meinen Sie denn wirklich, dass Träger sagen: Nein, passt schon? – Natürlich sagen die Träger: Wir brauchen Geld. – Diesen Widerspruch darf man derart eigentlich gar nicht aufmachen.

**Zweiter Vizepräsident Alexander Hold:** Bitte, Frau Staatsministerin.

**Staatsministerin Ulrike Scharf (Familie, Arbeit und Soziales):** Liebe Kollegin Rauscher, man muss immer eine Gesamtbetrachtung vornehmen und Bayern insgesamt sehen. Ich sehe, dass die Kommunen für über ein Drittel unserer 10.800 Kitas einen Defizitvertrag vereinbaren müssen und diese Defizite immer weiter steigen. Bei den Kommunen, die das nicht haben, steigt trotzdem auch der Anteil, den sie als ihre kommunale Pflichtaufgabe erledigen müssen. Man muss das Gesamtproblem erkennen, dass die Betriebskostenförderung zu gering ist. Es geht nicht darum, dass die Träger sagen, wir nehmen das Geld gerne; sondern wir wollen, dass Strukturen, Plätze und Gruppen erhalten werden können und dass Kitas nicht schließen. Das ist der Hintergrund dieser schweren Entscheidung.

Ich sage es auch gerne noch einmal: Diese Entscheidung ist uns wirklich nicht leichtgefallen. Aber in der Abwägung – das ist die Gesamtverantwortung – muss man auch einmal unbequeme Entscheidungen treffen und die Strukturen stützen; denn eines weiß ich aus so vielen Gesprächen ebenfalls: Eltern sagen, die verlässliche Kinderbetreuung ist für sie oder für sie als Familie ausschlaggebend, weil sie arbeiten müssen, weil sie arbeiten wollen.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

**Zweiter Vizepräsident Alexander Hold:** Danke. – Für eine Meldung zu einer Zwischenbemerkung hat die Kollegin Julia Post, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, das Wort.

**Julia Post (GRÜNE):** Frau Staatsministerin, Sie haben gesagt, dass Sie jetzt eine Richtungswende der frühkindlichen Bildung beschlossen haben. Mich würde interessieren, welche Maßnahmen wir noch erwarten können, die die frühkindliche Bildung in den Kitas steigern sollen. Das Plus von 10 % bei der Betriebskostenförderung dient ja nicht der frühkindlichen Bildung. Bisher habe ich im Sozialausschuss von Ihrem Ministerium über die Kitareform erfahren, dass es mehr Teamkräfte geben soll und Bürokratie abgebaut werden soll. Daher ganz konkret die Nachfrage: Wie wollen Sie die frühkindliche Bildung in den Kitas verbessern?

**Staatsministerin Ulrike Scharf (Familie, Arbeit und Soziales):** Vielen Dank für diese Nachfrage und diesen Blick in die Zukunft. Wir sind in vollen Zügen dabei, die Reform für unser BayKiBiG aufzulegen, also für das Bayerische Kinderbildungs- und -betreuungsgesetz. Es braucht dringend eine Reform. Übrigens war der entscheidende Faktor vor 20 Jahren – das BayKiBiG ist 2006 eingeführt worden –, mit dieser neuen Ausrichtung die kindbezogene Förderung zu verankern. Wir halten ganz klar daran fest, die kindbezogene Förderung weiterhin so vorzunehmen. Diese Reform dient jetzt nicht nur dazu, zu entschlacken, zu entbürokratisieren und über die Umschichtung mehr Geld in die Betriebskostenförderung zu bringen, sondern ganz klar auch dazu, sich die frühkindliche Bildung und damit die Qualität in den Kitas vorzunehmen.

Eines darf ich noch ganz kurz erwähnen, weil ich es vorher in den Ausführungen nicht getan habe. Sie haben uns auch vorgeworfen, wie unempathisch es sei und dass die Petenten nicht ernst genommen würden. Ich kann Ihnen sagen, ich habe die Petition zweimal entgegengenommen. Einmal waren die Petenten bei mir im Haus. Ich habe eine lange Zeit mit ihnen gesprochen, mich mit Argumenten ausgetauscht. Das zweite Mal war der Kollege Florian Herrmann hier im Bayerischen Landtag mit dabei. Alles, was hier verbreitet wird – wir würden uns keine Zeit nehmen und nicht mit den Petenten ins Gespräch kommen –, stimmt so nicht. Mir war das unglaublich wichtig. Deshalb habe ich mir auch die entsprechende Zeit dafür genommen.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

**Zweiter Vizepräsident Alexander Hold:** Herzlichen Dank. – Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Die Aussprache ist hiermit geschlossen. Wir kommen zur Abstimmung. Hierzu werden die Anträge wieder getrennt.

Wer dem Dringlichkeitsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auf Drucksache 19/9253 seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das ist die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Gegenstimmen! – Die Fraktion der FREIEN WÄHLER und die CSU-Fraktion. Stimmenthaltungen! – Stimmenthaltung der AfD-Fraktion und der SPD-Fraktion. Damit ist dieser Dringlichkeitsantrag abgelehnt.

Wer dem nachgezogenen Dringlichkeitsantrag der SPD-Fraktion auf Drucksache 19/9329 seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. – Die SPD-Fraktion und die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Gegenstimmen! – CSU-Fraktion, Fraktion der FREIEN WÄHLER. Stimmenthaltungen! – Stimmenthaltung der AfD-Fraktion. Damit ist auch dieser Dringlichkeitsantrag abgelehnt.